

Pressemitteilung

Erfurt, d. 30.04.2021 **Der Kinderschutzbund Thüringen und die LAG Kinder- und Jugendschutz Thüringen mahnen anlässlich des Internationalen Tages für gewaltfreie Erziehung am 30.04. an, dass Kinderrechte auch in Krisenzeiten gelten müssen!**

Vor einem Jahr haben der Kinderschutzbund Thüringen zusammen mit der LAG Kinder- und Jugendschutz Thüringen die Einhaltung der Kinderrechte in der Krise angemahnt. Vieles hat sich seither geändert: Spielplätze sind nicht mehr gesperrt, Beratungsangebote für Kinder und Familien sind zumindest telefonisch erreichbar und für Schulen und Kitas gibt es Stufenpläne für die Öffnung und eine Notbetreuung, wenn diese Einrichtungen geschlossen sind.

Gleich ist die Situation geblieben, denn auch im letzten Jahr befand sich das Land zum Internationalen Tag für gewaltfreie Erziehung im bundesweiten Lockdown. Damals wie heute wollen wir diesen Tag nutzen, die Umsetzung der Kinderrechte anzumahnen, denn gerade in der Krise wird deutlich, wie wenig diese im Blick von Entscheidungen stehen. Junge Menschen erleben, dass ihre Meinung wenig zählt wie auch Persönlichkeitsrechte nicht gut geschützt werden.

Wenn für Selbst-Testungen, wie zuletzt in Kita und Schule eingeführt, keine Konzepte und Regeln für die praktische Umsetzung vorliegen, werden die Persönlichkeitsrechte junger Menschen schnell verspielt und damit auch deren Vertrauen. Es darf nicht sein, dass Ergebnisse inmitten der Klasse oder Gruppe bekannt gegeben werden.

Die JuCo-2-Studie legt hinsichtlich der Beteiligung offen, dass knapp 60 % der Befragten den Eindruck zu haben, die Situation junger Menschen Politiker*innen nicht wichtig ist und fast 65 % haben eher nicht oder gar nicht den Eindruck, dass die Sorgen junger Menschen in der Politik gehört werden. Sicher gibt es etablierte Gremien wie Schüler*innenvertretungen oder Kinder- und Jugendparlamente. Diese können jedoch nicht die Bandbreite der Schüler*innenbeteiligung in solch einer Krisensituation abbilden. Hier muss stärker auf Formate wie Umfragen, Interviews, digitale Talkrunden u.a. zurückgegriffen werden.

Aber auch im täglichen Ablauf unter pandemischen Bedingungen in Kita und Schule haben Kinder und Jugendliche ein Recht auf Beteiligung. Besonders befürchten die Träger, dass die derzeitigen Bedingungen in Schule und Kita dazu führen, fortschrittliche pädagogische Konzepte der Pandemie zu opfern, da die Betreuung und Bildung mehrheitlich in festen Gruppen unter eingeschränkter Nutzbarkeit von Räumen stattfindet. Geschlossene Gruppen und Klassen führen zu weniger Mitsprache in der Alltagsgestaltung junger Menschen und setzen zudem den Kinderschutz qualitativ herunter. Junge Menschen, die sich weder an politischen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligen können, die keine Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten in den Einrichtungen haben, können ihre Bedürfnisse oder Probleme und Sorgen auch nicht äußern.

Anlässlich des Tages der gewaltfreien Erziehung hat die LAG Kinder- und Jugendschutz Thüringen Postkarten veröffentlicht. Auf den Karten wird mit einem strahlenden „DU“ auf das im BGB verankerte Kinderecht und auf Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche in Thüringen hingewiesen. Über Schulämter wurden in den letzten Tagen zahlreiche Schulen beliefert. Die Kinder- und Jugendschutzdienste können pandemiebedingt aktuell keine Prävention in den Schulen durchführen, kleinere Öffentlichkeitsaktionen sind dennoch an den Standorten Arnstadt, Mühlhausen, Sömmerda, Sonneberg und Suhl geplant.

Das zurückliegende Jahr 2020 kann, angesichts seiner epidemischen Umstände, als ein besonderes Jahr auch in der Arbeit der Kinder- und Jugendschutzdienste in Thüringen betrachtet werden. Die

sozialen Außenbeziehungen waren eingeschränkt, die meisten Familien mussten über Monate enger zusammenrücken und oft über Wochen auf beengtem Raum ihre zwischenmenschlichen Beziehungen pflegen. Das genau diese Konstellation zu Spannungen und mehr familiärer Gewalt führen kann, bestätigen die Fallzahlen der 19 Kinder- und Jugendschutzdienste des Jahres 2020. Mit 2.025 Fällen wurde ein neuer Höchstwert in der Fallarbeit erreicht. Vor allem die Zahlen bei häuslicher Gewalt, innerfamiliären Problemen und Verdacht auf sexueller Gewalt stiegen an.

Politik wie die Einrichtungen rufen wir dazu auf, die Interessen und Rechte der Kinder und Jugendlichen bei der notwendigen Gestaltung infektionsschützender Maßnahmen deutlich stärker zu berücksichtigen. Dabei muss es ein Anliegen sein, Errungenschaften im Sinne des gleichberechtigten Miteinanders der Kinder und einer modernen, auf die Bedürfnisse und Rechte von Kindern ausgerichteten Pädagogik zu bewahren bzw. wieder zu aktivieren.

Vor diesem Hintergrund fordern wir anlässlich des Kinderrechtetages weiterhin die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz sowie eine Überarbeitung der Thüringer Verfassung. Unter der derzeitigen Situation gewinnt diese Forderung an Bedeutung, denn in dieser Krise wird tief in die Grundrechte von Kindern eingegriffen: Ihre Rechte sind beschnitten. Im Gegensatz zu Erwachsenen, die sich kognitiv auf ein Ende der Maßnahmen einstellen können, leben Kinder allerdings in der Gegenwart. Entscheidungen für die Zukunft haben wenig Auswirkungen auf ein positives Wohlbefinden der Kinder in der Gegenwart.

Die Bewusstmachung der Rechte der Kinder hilft jedoch enorm, diese Gruppen in einer ähnlichen Situation besser im Blick zu haben. Dafür muss zukünftig eine stärker politische Verantwortung zur Sicherung von Beteiligungs-, Schutz- und Förderrechten übernommen werden.